

Plädoyer für die Einführung einer Koordinationsstelle Demokratiebildung

Freiräume schaffen und politische Aktionen begleiten

Vorgeschlagen wird die Einführung einer Koordinationsstelle Demokratiebildung, um Verbindlichkeiten in Bezug auf das zentrale Schulprinzip politische Bildung herzustellen. Vergleichbar mit der Stelle der Mittelstufen-/Oberstufenleitung übernimmt eine Lehrkraft eine steuernde Funktion und unterstützt Schüler/-innen, Lehrkräfte und Schulleitung in Unterricht, Schulkultur, AGs und Projekten. Im Idealfall arbeiten hierbei eine Lehrkraft und ein/e Schüler/-in gemeinsam und auf Augenhöhe. In einem Tandem helfen sie, Erfahrungsräume für soziale und politische Teilhabe in der Schule zu schaffen.

von Steve Kenner

Analysekompetenz, Konfliktfähigkeit und Urteilsbildung als Grundlagen politischen Handelns sind unbestritten und in der fachdidaktischen Forschung hinlänglich diskutiert. Ziel politischer Bildung ist Mündigkeit, die Fähigkeit, selbstbestimmt und kritisch-reflektiert bestehende Verhältnisse zu analysieren, zu hinterfragen und bei Bedarf aktiv Veränderungen herbeiführen zu können. Es ist ein hochgestecktes Ziel und fest verankert in den Schulgesetzen der Länder. Demokratiebildung bedeutet mehr als nur ein Unterrichtsfach, aber auch mehr als außerunterrichtliche Projekte. Sie stellt die Grundlage eines friedlichen, freiheitlichen, solidarischen Zusammenlebens dar und muss sich daher zu einem Selbstverständnis auf dem Weg zur Mündigkeit junger Menschen entwickeln. Um das Erreichen zu können, muss politische Bildung auch in der Schule strukturell einen höheren Stellenwert einnehmen und es bedarf eines Bindeglieds zwischen schulischer und außerschulischer Bildung. Neben dem Bemühen um eine Aufwertung gesellschaftswissenschaftlicher Fächer im Allgemeinen und des Schulfaches „Politische Bildung“ im Besonderen gilt es, weitere Strategien zur Stärkung von Demokratiebildung in der Praxis zu entwickeln.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass es innerhalb der Didaktik der politischen Bildung und anderen Disziplinen bereits unterschiedliche Herangehensweisen zur Auseinandersetzung mit dieser Herausforderung gibt. Hervorzuheben sind unter anderem der Ansatz *Politische Bildung als Schulprinzip*, den Peter Henkenborg in einem gleichnamigen Aufsatz beschreibt (vgl. Henkenborg 2014), wie auch der von Peter Fauser und Wolfgang Beutel (2007) entwickelte Ansatz der *Demokratiepädagogik*. Außerdem wurden in den letzten Jahren weitere Konzepte entwickelt, die in unterschiedlichster Form Einzug in schulische und außerschulische Bildungsprozesse erhalten haben, wie z. B. das *Globale Lernen* und das *Interkulturelle Lernen*.

Wozu eine Koordinationsstelle Demokratiebildung?

Wenn Mündigkeit als Ziel von Demokratiebildung postuliert wird, so muss darüber diskutiert werden, welche Rolle Handlungskompetenz auf dem Weg zur Mündigkeit junger Menschen einnimmt. Für eine handlungsorientierte Demokratiebildung schlage ich drei Säulen vor (vgl. Kenner 2018), die auf dem Fundament eines breiten Fachwissens und den grundlegenden Kompetenzen politi-

scher Bildung – Analysekompetenz, Konfliktfähigkeit und Urteilsbildung – aufbauen.

Die *erste Säule* beschreibt Wissen über politische Entscheidungsprozesse und Handlungsstrategien. Sie hilft den Lernenden, sich in der Demokratie als Herrschaftsform zu orientieren. Dies kann politische Bildung als Unterrichtsfach leisten. Der Vorschlag einer *Koordinationsstelle Demokratiebildung* soll daher keinesfalls eine Entwertung des Unterrichtsfaches zur Folge haben. Die Notwendigkeit einer fachdidaktisch begründeten Auseinandersetzung mit Politik im Rahmen eines Unterrichtsfaches halte ich für dringend geboten. Tendenzen der Entwertung des Unterrichtsfaches, die in den letzten Jahren immer wieder beobachtet werden können (siehe u. a. die Debatten in Sachsen, Berlin und Baden-Württemberg), gilt es zu verhindern.

Die *zweite Säule* handlungsorientierter Demokratiebildung ermöglicht eine Perspektiverweiterung und den Blick über den Tellerrand fachdidaktischer Arbeit im Unterricht: die demokratische Schule. Die Schule öffnet sich als demokratischer Lernort im Nahbereich der Kinder und Jugendlichen, um Demokratie und Entscheidungsprozesse transparent und erfahrbar zu machen. Hierbei ist die nachhaltige Implementierung demokratischer Verfahren in den schulischen Alltag von besonderer Bedeutung. Exemplarisch sind hier die Einführung von Schülerparlamenten und dem Klassenrat zu nennen.

Die *dritte Säule* stellt eine Ermöglichung von Selbstwirksamkeit durch selbstbestimmtes politisches Handeln in den Fokus. Schule und außerschulische Bildungsträger können als Ermöglichungsraum von Selbstwirksamkeitserfahrungen fungieren, wobei dabei stets Freiwilligkeit und das Recht auf Nicht-Partizipation als Grundvoraussetzung gesetzt sein müssen. Selbstbestimmte und selbstorganisierte Teilhabe kann sich in unterschiedlichster Form darstellen. Beispielhaft seien hier von Schülerinnen und Schülern in Selbstverwaltung realisierte Arbeitsgemeinschaften, aber auch Projekt- und Protestveranstaltungen zu nennen.

Alle drei Säulen zusammen ermöglichen es, soziale und politische Teilhabeprozesse zu verstehen und innerhalb der Schule als Schutzraum Erfahrungen im Sinne einer jungen und emanzipatorischen Zivilgesellschaft zu sammeln. Damit Schule tatsächlich als Schutzraum wirken kann, müssen die Kinder und Jugendlichen pädagogisch und fachlich begleitet werden. Dies kann sich die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* zur Aufgabe machen.

Was ist eine Koordinationsstelle Demokratiebildung?

Um handlungsorientierte Demokratiebildung als Schulprinzip zu implementieren, muss sich der Stellenwert dieser bildungspolitischen Aufgabe entsprechend seiner Berücksichtigung in den Schulgesetzen auch in den strukturellen Gegebenheiten der Schule widerspiegeln. Die Einrichtung einer *Koordinationsstelle Demokratiebildung*, in Form eines Tandems aus Lehrkraft und Schüler/-in, die in einem demokratischen Prozess legitimiert wurden, kann ein erster Schritt zur strukturellen Aufwertung politischer Bildung sein. Diese Erneuerung würde sich einpassen in die strukturellen Gegebenheiten der Institution Schule, denn Verantwortlichkeiten sind in der Schule bereits jetzt verteilt. Beispiele dafür sind die Koordination der Mittelstufe, der Oberstufe, der Qualitätssicherung, Fort- und Weiterbildung, Berufsorientierung, Sprachförderung etc. Für das grundlegende Ziel politischer Bildung – politische Mündigkeit – gibt es allerdings bis heute keine Stelle dieser Art.

Die von mir vorgeschlagene Stelle sollte möglichst kein Beförderungssamt sein, um nicht ökonomische Interessen in den Vordergrund zu rücken. Darüber hinaus sollte die für die Koordination vorgesehene Lehrkraft nicht von der Schulleitung festgelegt werden, sondern muss sich freiwillig für diese Arbeit bereiterklären. Außerdem wäre es durchaus denkbar, diese Lehrkraft durch eine

Die Prinzipien des Beutelsbacher Konsenses und der Frankfurter Erklärung bieten eine differenzierte Grundlage für die Arbeit der Koordinationsstelle Demokratiebildung.

Wahl legitimieren zu lassen. Die Schulgemeinschaft muss der *Koordinationsstelle Demokratiebildung* höchstmögliches Vertrauen entgegenbringen können. Das Tandem aus Lehrkraft und Schüler/Schülerin sollte daher von einem Gremium gewählt werden, das paritätisch besetzt ist (bspw. die Schulkonferenz). Der höhere Arbeitsaufwand könnte durch Abminderungsstunden und für die Schülerin bzw. den Schüler durch eine besondere Form der Anerkennung kompensiert werden. Wichtig ist, dass die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* möglichst mit einem eigenen Budget und eigener Infrastruktur (Arbeitsraum, Materialien etc.) ausgestattet ist, um auch kurzfristig bei →

der Realisierung von Projekten unterstützend wirken zu können. Außerdem wären geeignete Qualifizierungsmaßnahmen von besonderer Bedeutung. Neben einer fachlichen Schulung unter Berücksichtigung psychologischer, pädagogischer und politikdidaktischer Aspekte bedürfte es eines Coachings- und Fortbildungskonzeptes, das diese Akteurinnen und Akteure auf zwei wesentliche Herausforderungen einer solchen Stelle vorbereitet:

1. *Perspektivenwechsel*: Die Rolle einer Lernbegleitung, wie sie durch die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* erfolgen soll, erfordert von der Lehrkraft einen Perspektivenwechsel. Die Lehrkraft wird Kinder und Jugendliche in dieser Funktion in anderen Kontexten erleben. Sie muss den Kindern und Jugendlichen glaubhaft vermitteln, dass Aussagen, Positionen und Handlungen im Kontext außerunterrichtlicher Aktivitäten keinen Einfluss auf Bewertungen im Unterricht nehmen. Die Lehrkraft übernimmt keine Autorität qua Amt und kann sich als Koordinatorin bzw. Koordinator auch keine Sanktionsmaßnahmen zu nutze machen. Zuwendung, Achtung und Respekt sowie Vertrauen und Zutrauen gelten in der Pädagogik längst als selbstverständliche Grundlagen gelingender Bildungsarbeit. Im Zuge des politischen Lernens sind diese Elemente eines angstfreien Lernraumes allerdings von besonderer Bedeutung. Auch für die Schülerin/den Schüler in diesem



Die Verortung der Koordinationsstelle Demokratiebildung

Abbildung: Steve Kenner

Tandem bedeutet die Mitwirkung in der Koordinationsstelle ein Perspektivenwechsel. Sie übernehmen Verantwortung, definieren dabei neue Rollenbilder innerhalb der Schule und arbeiten mit der Lehrkraft auf Augenhöhe. Sie verfolgen ein gemeinsames Ziel. Das Verhältnis zwischen Lehrkraft und Schüler/-in, für gewöhnlich geprägt von Autorität und einem Abhängigkeitsverhältnis, muss hier auf-

gebrochen werden, um eine konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen. Dieser Herausforderung muss das Tandem sich stellen, denn die kooperative Arbeit im Team ermöglicht, dass sich Lehrkräfte sowie Kinder und Jugendliche angemessen in dieser Stelle vertreten fühlen.

2. *Grundsätze*: In besonderer Weise muss der *Koordinationsstelle Demokratiebildung* ihre Bedeutung im Lernprozess der Schüler/-innen aber auch in der demokratischen Schulentwicklung im Allgemeinen bewusst sein. Dabei müssen die Grundsätze Überwältigungsverbot und Kontroversitätsgebot des aus der politischen Bildung entstammenden *Beutelsbacher Konsenses* als Leitplanken dienen. Der dritte Leitsatz – Befähigung zur Wahrung der eigenen Interessen – steht dabei ebenso im Fokus. *Andreas Eis, Bettina Lösch, Achim Schröder* und *Gerd Steffens* haben diesen Konsens um wesentliche Aspekte erweitert und dies in der *Frankfurter Erklärung* zusammengetragen. Auch sie betonen den Wert individuellen und kollektiven Handelns für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung (vgl. Eis/Lösch/Schröder/Steffens 2015).

Die Prinzipien des *Beutelsbacher Konsenses* und der *Frankfurter Erklärung* bieten eine differenzierte Grundlage für die Arbeit der *Koordinationsstelle Demokratiebildung*.

Aufgaben der Koordinationsstelle Demokratiebildung

Im Folgenden möchte ich eine Ideenskizze für das mögliche Aufgabenprofil der geforderten *Koordinationsstelle Demokratiebildung* beschreiben.

Impulsgeber/-in: Die Bereitschaft zu sozialem Engagement und politischer Teilhabe ist kein Selbstverständnis, ganz sicher auch kein Muss. Das Recht auf Nicht-Teilhabe außerhalb der unterrichtlichen Verpflichtung muss es für Kinder und Jugendliche immer geben. Auf der anderen Seite muss es aber auch einen Freiraum für Partizipation in unterschiedlichen Formen geben. Die Koordinationsstelle würde sich daher als Ermöglicherin verstehen. Sie kann ein vielfältiges Angebot politischer Beteiligungsprozesse zusammenstellen. Dabei wäre eine enge Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsträgern genauso wichtig wie eine Infrastruktur in der Schule. Die Kooperation mit außerschulischen Bildungsträgern könnte sich dabei an der Struktur des derzeit am *Haus am Maiberg* realisierten Modellprojekts „Partizipation als Ziel Politischer Bildung“ (vgl. Wohnig 2018) orientieren. Hier gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Institution Schule, in der Freiraum für politische Aktionen der Schüler/-innen geschaffen wird, und Aktionsseminaren in der Bildungsstätte, in denen Planung von Projekten genauso thematisiert wird wie die Re-

flexion der gesammelten Erfahrungen. In der Schule kann der Ermöglichungsraum auch darin bestehen, Infrastruktur für selbstverwaltete Arbeitsgemeinschaften zu schaffen und diese in ihrer Arbeit zu begleiten. Das wird bereits an vielen Schulen erfolgreich erprobt.

Förderung demokratischer Schulentwicklung: Die Demokratisierung von Schule ist ein kontrovers diskutiertes und ohne Zweifel komplexes Feld. Einer *Koordinationsstelle Demokratiebildung* würde daher nicht im Verständnis hierarchisch organisierter Schulstruktur die Aufgabe zukommen, jenen Prozess zu organisieren, sondern vielmehr Ansprechpartnerin für einen Bottom-up-Prozess zu sein und dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Erprobte Verfahren wie der Klassenrat auch an weiterführenden Schulen können ein erster Schritt sein, bei dessen Einführung die Koordinationsstelle nach vorhergehender Schulung unterstützend tätig werden kann.

Ansprechpartner/-in für fachdidaktische Fragen: Politische Fragen beschäftigen Schüler/-innen nicht nur im Politikunterricht. Immer wieder geraten Lehrkräfte dabei an

Die Einrichtung einer Koordinationsstelle Demokratiebildung, in Form eines Tandems aus Lehrkraft und Schüler/-in, die in einem demokratischen Prozess legitimierten wurden, kann ein erster Schritt zur strukturellen Aufwertung politischer Bildung sein.

ihre Grenzen, wenn beispielsweise im Biologieunterricht die Frage aufkommt, wieso Kohlekraftwerke nicht einfach gesetzlich verboten werden oder im Kunstunterricht über den schmalen Grad zwischen Freiheit der Kunst und Persönlichkeitsverletzung gesprochen wird. Die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* kann Ansprechpartner/-in für konzeptionelle Unterrichtsplanung sein, insbesondere in Bezug auf fächerverbindende und fächerübergreifende Ansätze.

Klassenräte, eine mündige Schülervertretung mit eigenem Budget, Arbeitsgemeinschaften gegen Rassismus, Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie, Flüchtlingskonferenzen, Unterschriftenaktionen gegen die neue Handyregelung an der Schule – diese beispielhaft benann-

ten Formen gelebter Demokratie ermöglichen vielfältige Lernanlässe, die in der Schule häufig eher unterdrückt als gefördert werden. Unbestritten kann eine Öffnung der Schule für politische Teilhabe auch zu Kontroversen führen, aber warum sollte ausgerechnet die Schule ein Ort sein, an dem gesellschaftliche Kontroversen nur – wenn überhaupt – künstlich, fiktiv und imaginär durch abstrakte Unterrichtskonzepte erfahrbar werden?

Die *Koordinationsstelle Demokratiebildung* kann die Grundlage sein für einen Wandel von einer weitgehend passiven schulischen politischen Bildung hin zu politischer Bildung, die Handlungsfelder für all jene schafft, die Missstände in der Gesellschaft nicht nur erkennen, benennen und einordnen, sondern auch aktiv Antisemitismus, Homophobie, Rassismus und weiteren gesellschaftspolitischen Herausforderungen begegnen wollen.

AUSSERSCHULISCHE BILDUNG 4/2017

Zum Autor



Steve Kenner ist Lehrer für die Fächer Politische Bildung und Spanisch und derzeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Didaktik der Demokratie an der Leibniz Universität Hannover tätig. Er befasst sich unter anderem mit sozialen (Jugend)Bewegungen und demokratischer Schulkultur.

steve.kenner@idd.uni-hannover.de

Literatur

Eis, Andreas / Lösch, Bettina / Schröder, Achim / Steffens, Gerd (2015): Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische Politische Bildung; www.uni-oldenburg.de/fileadmin/user_upload/sowi/ag/politische_bildung/Frankfurter_Erklärung_aktualisiert27.07.15.pdf (Zugriff: 09.10.2017)

Fausser, Peter / Beutel, Wolfgang (2007): Demokratiepädagogik: Lernen für die Zivilgesellschaft. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag

Henkenborg, Peter (2014): Politische Bildung als Schulprinzip. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 212–221

Kenner, Steve (2018): Handlungskompetenz: die größte Herausforderung der Demokratiebildung? In: Ders./Lange, Dirk (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 244–254

Wohnig, Alexander (2018): Demokratiebildung durch politische Aktionen in der Kooperation von Schulen und außerschulischer politischer Bildung. In: Kenner, Steve/Lange, Dirk (Hrsg.): Citizenship Education. Konzepte, Anregungen und Ideen zur Demokratiebildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 269–283